

wdk POSITION

Position der Kautschukindustrie zum Entwurf der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS)

Die Kreislaufwirtschaft spielt in der deutschen Kautschukindustrie eine herausragende Rolle. Daher bietet sie ein hervorragendes Präzedenzgebiet, um aufzuzeigen, welche Wege beim Recycling erfolgreich beschrrieben werden können und wo Regulatorik zukunftsweisende Innovationen unnötig verhindert.

Der Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie (wdk) ist der Spitzenverband der deutschen Hersteller von Reifen und technischen Elastomeren. Er vertritt über 200 Unternehmen mit knapp 70.000 Beschäftigten und einem Gesamtjahresumsatz von mehr als zehn Milliarden Euro. Seine Mitgliedsunternehmen arbeiten an Prozessen ohne Ressourcenabfall und unkontrollierten Emissionen, indem sie die vollständige Verwertung von Abfallströmen zu höchstmöglichem Wert bei minimalem Verlust an Materialfunktionalität anstreben, um einen innovativen und nachhaltigen Wirtschaftskreislauf zu etablieren.

Ein historisch wichtiger Schritt war das 1999 erlassene Verbot der Reifendeponierung innerhalb der Europäischen Union. Diese Maßnahme führte dazu, dass ein Markt für das Reifenrecycling und die hierbei anfallenden Sekundärrohstoffe begründet wurde. Heute ist das Recycling praktisch aller Altreifen eine Erfolgsgeschichte: fast 70 Prozent der Altreifen werden stofflich verwertet.

Deshalb begrüßt der wdk die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie ausdrücklich. Aufgrund der langen Tradition des Altreifenrecyclings ist die Kautschukindustrie bereits jetzt in der Lage, einen Großteil der geplanten Vorgaben zu erfüllen. Allerdings ist der Erfolg durch die europäische Gesetzgebung gefährdet. Die Europäische Chemikalienregulierung¹, der Abfall-Ende-Status², die EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten EUDR³ und weitere Vorschriften beeinträchtigen das Altreifenrecycling.

¹ https://single-market-economy.ec.europa.eu/sectors/chemicals/chemicals-legislation_en

² <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A02008L0098-20180705>

³ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32023R1115>

Um die Kreislaufwirtschaft bei Altreifen wirklich zirkulär zu gestalten, müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

Recycling-Produkte fördern, nicht verhindern: Es darf keine strengeren rechtlichen Anforderungen an Recyclingprodukte geben als für die Ausgangsprodukte.

Deutschland und die EU fordern ein Mehr an Recycling. Die aktuellen Quoten sind bei weitem nicht ausreichend für eine zirkuläre Wirtschaft. Dies liegt zwar auch an den aktuell noch meist höheren Kosten für Recyclingprodukte, aber vor allem an der rechtlichen Unsicherheit bezüglich der Inhaltsstoffe und deren möglichen Restriktionen. Wenn Recycling möglich sein soll, dürfen die rechtlichen Anforderungen an Recyclingprodukte nicht strenger sein als die für die Ausgangsprodukte. Zudem muss ein Moratorium für die Ausgangsprodukte/Neuprodukte, die dem Recycling zugeführt werden, erlassen werden. Ein Produkt, das zum Beispiel vor fünf Jahren hergestellt wurde, könnte heute aufgrund sich verschärfender Grenzwerte oft nicht eingesetzt werden. Wie könnte dann ein konformes Re(Up-)Cycling Produkt daraus entstehen? Langlebige Produkte müssen sinnvoll recyclebar sein.

Bei der Regulierung muss das tatsächliche Risiko (Risikoansatz) und nicht die abstrakte Gefahr (Vorsorgeansatz) in den Mittelpunkt gerückt werden:

Menschen und Umwelt müssen vor Schäden durch natürlich vorkommende und synthetische Stoffe geschützt werden. Die Maßnahmen sind dabei an das jeweilige Risiko anzupassen. Wie groß dieses Risiko ist, hängt von mehreren Faktoren ab:

- von der mit dem Stoff verbundenen Gefahr;
- von der Verwendung des Stoffs bzw. der Produkte, die ihn enthalten;
- von der Exposition, also wie lange und welcher Stoffmenge Personen oder die Umwelt ausgesetzt sind.

Mensch und Umwelt werden effektiver vor gefährlichen Chemikalien geschützt, wenn sich der Gesetzgeber darauf konzentriert, das tatsächliche Risiko (Risikoansatz) anstelle der abstrakten Gefahr (Vorsorgeansatz) zu minimieren. Dabei müsste jeweils geprüft werden, welches gesetzliche Werkzeug tatsächlich dort ansetzt, wo ein Risiko besteht. Das kann das Stoffrecht, aber auch das Umweltrecht oder Abfallrecht sein.

Generell sollte immer eine Expositionsbeurteilung die Grundlage für jegliche Einschränkung sein. Denn die Migration mit den entsprechend abgestimmten Bedingungen ist in der Lage, das reale Gebrauchsszenario eines Produktes aus Sekundärrohstoffen abzubilden und ermöglicht damit eine wissenschaftlich basierte Risikobewertung.

Fazit

Durch die engagierte Arbeit der Industrie im Bereich des Altreifenmanagements und der Unterstützung von Recyclingprozessen wurden aus Altreifen gewonnene Materialien bereits charakterisiert und standardisiert. Der wdk und alle seine Mitglieder begleiten diese Prozesse auf allen Ebenen und setzen sich gemeinsam mit den Unternehmen der Kreislaufwirtschaft für eine nachhaltige Entwicklung der Recyclingprozesse ein. Die Kautschukindustrie ist bestrebt, hochwertige Sekundärrohstoffe mit dem geringstmöglichen Verlust an Materialfunktionalität im Sinne einer industriellen Symbiose zu liefern.

Deutschland und Europa sind in der Lage, eine führende Rolle bei den Recyclingtechnologien zu übernehmen, und das im globalen Umweltinteresse, um die größtmögliche Kreislaufwirtschaft bei Rohstoffen zu gewährleisten und die Abhängigkeit von Primärrohstoffen auch für die Reifenindustrie zu verringern.

Frankfurt, Juli 2024